

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa,  
Gemeinl. Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weisken.

Postfachkonto: Dresden 1834,  
Stroßasse Riesa Nr. 52.

Nr. 265.

Sonnabend, 14. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Freie Tarife. Dem Willkür vorbehalten, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger gegenwärtiger Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Vier Wochen Rückwirkungen.

Ueber den Begriff der Rückwirkungen herrscht heute, nachdem die Paraphierung der Verträge von Locarno nahezu einen Monat hinter sich liegt, immer noch eine argwöhnische Verwirrung. Das rührt einmal daher, daß die Anhänger des Vertragwerkes seiner Unterzeichnung auf jede Weise den Weg ebneten wollen, indem sie alle bloßen Andeutungen über bevorstehende Erleichterungen in den Verpflichtungen Deutschlands als reale Verabreichungen hinstellten und schon die bloße Unterlassung weiterer feindlicher Akte der Befehlsmächte als Rückwirkung bezeichnet, andererseits aber dabei, das die Gegenseite in dem Streben, Deutschland für Sicherheitspakt und Völkerbund zu fördern, zahlreiche Maßnahmen im Rheinland, die ohnehin getroffen wären, als Rückwirkungen fristete, sondern nur also die Zuren vom Weizen, und leben wir, was übrig bleibt.

Seine Rückwirkung ist vor allem — darüber sind sich in Deutschland sämtliche Parteien einig — die Räumung Kölns, auf die wir seit dem 10. Januar dieses Jahres einen berechtigten Anspruch haben und für die kein Wort verlieren zu werden braucht. Wenn aber im Zusammenhang damit französische Truppen aus den beiden Wiesbaden- und den Taunusausfällen abgezogen werden — noch werden sie es nicht — um britischen Formationen aus der Rheingebirgszone Platz zu machen. So ist auch dies keine Rückwirkung, sondern eben eine Episode aus der Räumung Kölns. Nachdem auch dies in der Öffentlichkeit erkannt war, suchte man uns Sand in die Augen zu streuen durch die Abberufung von 31 Kreisdelegierten des Befehlsmächtes. Diese Abberufung war auf der Gegenseite schon vor Locarno erwogen und teilweise beschlossen und geht darauf zurück, daß das vorjährige Abkommen von London, das in dem Dawesplan spielte, Frankreich die Kosten für seinen Verwaltungsapparat im besetzten Gebiet auferlegte, womit die französischen Beamten, die zu der Zeit, da sie von Deutschland besetzt werden mußten, unendlich unentgeltlich waren, plötzlich aus Sparsamkeit vermindert werden konnten. Daß ihre Rückziehung gerade in diesen Tagen zur Tatfache werden kann, kommt den französischen Locarno-Propagandisten sehr gelegen. — Ferner sind eine Anzahl Rheinland-Ordnungen aufgehoben worden. Am Tage der Ruhrbesetzung, dem 11. Januar 1923, gab es deren 130. Die Ordnungen von 131 aufwärts sind nun in arabischen Gruppen geordnet und nur vereinzelt rein wirtschaftlichen Inhalts (139, 171, 175, 203 und 204) sind stehen geblieben. Auch dies können wir nicht für eine Wirkung von Locarno gelten lassen, da es nur eine selbstverständliche Zugabe zur Ruhräumung ist, wenn mit ihr auch die bei der Ruhrbesetzung im gleichen Sinne erlassenen Kampf-Ordnungen beseitigt werden.

So bleibt von allen Erleichterungsmaßnahmen, die bisher konkrete Form angenommen haben, nichts übrig. In wir müssen sogar in der Bewertung einer wirklichen Milderung der Besatzungshärte in der zweiten und dritten Zone als „Rückwirkung“ sehr vorsichtig sein; wenn von der jetzigen Besatzungshärte von beiläufig 140.000 Mann wirklich 20.000 zurückgerufen werden, wie dies in Paris kürzlich erwogen wurde, so hat das augenscheinlich hier ganz andere, viel härtere Gründe, als den vorgeblichen, Deutschland einen Gestalt zu tun. Die Finanzkrise ist zur Zeit der härteste Faktor, der jeder französischen Regierung die Zurückziehung unrealer, reiner Prestigefragen nahe legt. Gleichzeitig kann sie damit im Innern gewisse Sympathien gewinnen, die sie heute notwendiger braucht denn je. Noch vorteilhafter aber wird ihr der Eindruck, den eine Verminderung der Besatzungsausgaben auf den großen Bankier in Washington macht, der, solange die Schuldverhandlungen nicht abgeschlossen sind, jeden Augenblick mit seinen Forderungen ihr Damentreiben anlegen kann. Und schließlich hütet wir davon, daß die notwendigen Kräfte, die zur Rettung der auf Messers Schneide stehenden Situation der französischen Mandatarmacht nach Syrien geworfen werden mußten, aus Marokko kamen und nicht aus dem geographisch viel günstigeren Marokko. Es ist nahelegend, daß Frankreich, wenn es in dieser Not schließlich doch auf das untätig einen waffenlosen Gegner gegenüberstehende Rheinheer zurückgreifen muß, aus der Not eine Tugend macht und von uns Dank fordert. Wir bedauern, ihm solchen nicht schuldig zu sein, denn der Friedensvertrag, der durch Locarno unangefastet bleiben soll, erlaubt Frankreich nur, die Truppenstärke im Rheinland zu haben, die den früheren deutschen Garnisonstärke entspricht. Und die liegt mit 40.000 Mann unter 1/3 der Besatzungshärte.

Daraus ergibt sich eine berechnete deutsche Forderung, die wir bereit wären, als Rückwirkung zu suchen, und die, wenn nicht alle Verpflichtungen in Locarno ein letztes Gerede sind, sehr bald Tatfache werden dürfte: fort mit allen französischen Besatzungsangehörigen aus den Bürgerquartieren! Deutschland leidet an schlimmster Wohnungsnot; das Zusammenleben von Zivil und Besatzung führt trotz größter Zurückhaltung der schwer leidenden Bevölkerung noch täglich zu den ärgerlichsten Zwischenfällen. Und die vorhandenen deutschen Kasernen reichen für die laut 22. erlaubte Besatzungshärte aus. Weiter verlangen wir Abschaffung der Requisitionen, die schon seit Inkrafttreten des Friedens ohne Weiterrecht Lohn spenden und Erzeugung durch den freihändigen Markt, Wiederherstellung der Pressefreiheit und der unüberwachten Tätigkeit der Behörden im Rheinland wären weitere Rückwirkungen, wie überhaupt die Aufhebung der Militärkontrolle, die Wiederherstellung der deutschen Postfreiheit und die Freigabe des stillen Postverkehrs. Aber wie fern liegt dies alles noch!

Wo bleiben sie, die Rückmittel, die uns den Eingang jahrzehntelanger Verpflichtungen verfallen, sollen und doch, wären sie auch schon Tatfache, gegen die schweren Bindungen, die Deutschland mit Locarno übernimmt, nur kleine Gegenleistungen stellen.

Eine neue Minderheit hat sich in England aus den im ganzen etwa 1800 Köpfe zählenden Jüngern gebildet. Die Jüngern sprechen einen dem finnischen ähnlichen Dialekt, sind teils evangelisch-lutherisch, teils griechisch-orientalisch. Die ethnische Schulpolitik hat das nationale Empfinden dieser kleinen Minderheit zum Erwachen gebracht.



Der Nachfolger des üblich verunglückten Generalleutnants Müller, Generalleutnant von Pawelsch. Zum Befehlshaber im Wehrkreis 4 (Freistaat Sachsen und Provinz Sachsen) ist Generalleutnant v. Pawelsch ernannt worden.

## Abreise des Reichspräsidenten aus Frankfurt.

Frankfurt a. Main. Eine auf hoher künstlerischer Stufe stehende Vorstellung im Opernhaus, bei der auf Wunsch des Reichspräsidenten „Figaros Hochzeit“ gegeben wurde, bildete einen würdigen Abschluß des Frankfurter Präsidentenbesuches. Als der Reichspräsident in seiner Loge erschien, bereitete ihm das Publikum eine stürmische Ovation. In der Pause nahm Oberbürgermeister Dr. Raubmann im Namen der Stadt, dem Reichspräsidenten eine Reihe Frankfurter Persönlichkeiten vorzustellen. Bevor der Reichspräsident das Opernhaus verließ, erschien er noch auf dem Balkon, um der auf dem Opernplatz versammelten Menge seinen Dank für die Aufnahme auszusprechen, die er in Frankfurt gefunden habe. Unter den Klängen des Deutschland-Liedes erfolgte alsdann die Abfahrt nach dem Bahnhof.

Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin. Berlin. (Funknachricht.) Der Herr Reichspräsident ist heute vormittag 8 1/2 Uhr wieder in Berlin eingetroffen.

## Umbildung der Reichsregierung?

Dr. Reinhold Reichsfinanzminister? id. Dresden. In Berlin umflauende Gerüchte wollen wissen, daß der Gedanke einer Reichstagsauflösung nur noch bei den Sozialdemokraten ventiliert werde, daß man weiter die Bildung der großen Koalition für unwahrscheinlich hält, daß aber mit der Umbildung des Reichskabinetts gerechnet werden könne und daß bereits dahingehende Verhandlungen im Gange seien. Bei dieser Umbildung zu einem Kabinett der Mitte würden die Demokraten außer dem Innenminister auch noch den Finanzminister zu stellen haben. Für das Finanzministerium käme, wie verlautet, in erster Linie der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold in Frage, der ja bekanntlich schon einmal für diesen Posten nominiert war. Eine Befestigung dieser Gerüchte bleibt selbstverständlich abzuwarten.

## Eine deutschnationale Anfrage an den Kanzler.

Berlin. Der frühere deutschnationale Abgeordnete Dr. Traub hat in einem offenen Brief an den Reichskanzler Dr. Luther im Zusammenhang mit den Locarnoverträgen drei Fragen aufgestellt, von deren Beantwortung er das Endurteil der Deutschnationalen abhängig macht. Wenn der Reichskanzler diese drei Fragen mit einem glatten Nein beantworten könne, so werde das deutsche Volk wissen, daß ihm kein neuer Krieg droht. Die drei Fragen lauten: 1. Ist Deutschland verpflichtet, im Falle eines Krieges zwischen Rußland einerseits und einer oder mehrerer Völkerbundmächte andererseits? 2. Ist Deutschland verpflichtet, im Falle eines solchen Krieges deutsche Truppen zur Verfügung zu stellen? 3. Hat eine der Völkerbundmächte in einem solchen Falle das Durchzugsrecht durch deutsches Gebiet? Wie wir hören, ist Reichskanzler Dr. Luther der festen Überzeugung, daß man diese drei Fragen ohne Umschweife mit einem glatten „Nein“ beantworten könne.

## Kein Fraktionszwang der Deutschnationalen.

Berlin. In den parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Deutschnationale Reichstagsfraktion entschlossen sei, bei der Wahlurnung über die Locarno-Verträge den Fraktionszwang aufzugeben, jedoch den Mitgliedern der Fraktion freigestellt wird, nach eigenem Ermessen für oder gegen Locarno zu stimmen. Diese Absicht sei darauf zurückzuführen, daß mehrere Fraktionsmitglieder die Auffassung ver-

treten, daß die außenpolitischen Entscheidungen nicht im Zusammenhang mit der innerpolitischen Einheitsstellung der einzelnen Parteienangehörigen stehen und daß man den Anhängern der Locarno-Verträge frei stellen müsse, ihrer eigenen Ueberzeugung nach zu stimmen.

## Zur Abrüstungskonferenz.

London. Die liberale Westminster Gazette schreibt in einem Leitartikel: Der Völkerbund hat mit Recht beschlossen, daß infolge des Locarno-Abkommens eine allgemeine Abrüstungskonferenz sobald wie möglich einberufen werden soll, und es ist Zeit, daß sich bereits jetzt die öffentliche Meinung in Vorbereitung für die Entscheidungen, die dann gefällt werden müssen, geltend macht. Der Kampf um die Abstimmungsentscheidungen wird mit größerer Heftigkeit als je wieder aufgenommen werden müssen und Lord Beattus Rede auf dem Vordinner-Bankett zeigt, welche heftige Widerstand noch überwunden werden muß. Es ist immer, von Frankreich zu erwarten, daß es kein Meer berührt, wenn nicht auch England bereit ist, alle angemessenen Verminderungen in seinen eigenen ansehnlichen Vorkräften für die Verteidigung vorzunehmen. Das Frankreich ein heftiges Heer von 700.000 Mann aufrechterhält, ist eine dauernde Lücke der Vorkräfte für alle Mitglieder des Völkerbundes. Das Locarno-Abkommen fordert, daß der neue Geist des internationalen Zusammenwirkens unmittelbar auch die künftigen Abrüstungsprogramme berührt. Irland wird mit den Militärs in seinem Lande fertig werden müssen, deren Tummeln und Amakung Frankreich in Syrien in einen völlig unnötigen Krieg verwickelt haben, ebenso wie Chamberlain mit den Admiralen in Whitehall fertig werden muß. Das Wort heißt: Bevor jedoch die Abrüstungskonferenz einberufen wird, besteht eine Gelegenheit für England, den Beweis seines guten Willens abzugeben, in der Beschleunigung der Rheinlandräumung. Es ist lächerlich, daß von 23 Millionen Mark, die im letzten Monat von Deutschland eingingen, über 19 Millionen für die Besatzungshäuser ausgaben wurden. Noch viel schlimmer ist die Fortdauer der Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland, England und Frankreich infolge der Aufrechterhaltung eines unnötig großen Heeres auf deutschem Gebiet.

## Flanderns Freiheitskampf.

Dem übermächtigen Einfluß der mit der offiziellen belgischen Regierung verbündeten transalpinen Politik auf die Weltöffentlichkeit ist es bisher gelungen, die allgemeine Aufmerksamkeit Europas von den Unabhängigkeitsbestrebungen der Flamen abzulenken. Nur wenige wissen, daß hier schon seit vielen Jahren ein germanischer Volksstamm heißt um seine nationale und politische Freiheit kämpft. Dieser Kampf löst sich wohl am besten mit dem der Iren gegen England vergleichen. In beiden Fällen handelt es sich um einen dem herrschenden Staatsvolk kulturell durchaus gleichwertigen, seit Jahrhunderten in geschloßenem Siedlungsgebiet lebenden Volksstamm. Während aber die Iren über ein hartes nationales Selbstbewußtsein verfügen, franten die germanischen, man könnte beinahe sagen, deutschen Flamen, obwohl sie tatsächlich die Mehrzahl (55 Prozent) im belgischen Staate bilden, an den nur zu wohl bekannten Schwächen ihrer Rasse, und darum hat sich hier der Kampf bisher noch niemals ebenso entschieden wie in Irland auswirken können. Vor allem waren es die sehr zahlreichen Französischen unter den Flamen selbst, die, als Vertreter ihres eigenen Volkes, den von Zeit zu Zeit aufkommenden Widerstandsversuchen das Nichtigkeitskleid anhaben.

In jüngster Zeit scheint sich aber auch in dieser Hinsicht manches geändert zu haben. Man spricht heute bereits von einer „jüngflämischen Bewegung“, die zielbewußt und konsequent auf die Loslösung Flanderns vom französischen Belgien hinarbeitet. Mit besonders auffällender Intensität hat diese Bewegung im verfloßenen Sommer eingelebt. In mehreren Städten kam es zu offenen staatsfeindlichen Demonstrationen. So wurde z. B. am 11. Juni, dem flämischen Nationalfeiertag, vom Rathaus zu Kalk die belgische Tricolore herabgeholt und durch die Löwenfahne Flanderns ersetzt. Der Bürgermeister der Stadt, der diesen Tausch beauftragt hatte, verlor zwar seinen Posten, aber dennoch fand gleich darauf im Brüsseler Parlament, als die Angelegenheit zur Sprache kam, ein flämischer Abgeordneter den Mut, offen zu erklären: „Es ist unmöglich, Flandern zu dienen, ohne Belgien zu verraten“. Ende August leisteten im Rahmen einer großen nationalen Feier 5000 Studenten und Studentinnen den Eid an Flandern und schickten an den in Löwen eingekerkerten Flamenführer Dr. Storms ein Grußtelegramm ab. — In Ruempoot kam es gelegentlich einer Kriegesdenkmalserrichtung zu flämischen Kundgebungen. Die Redner der Regierung wurden durch den Gesang des flämischen Nationalliedes überstimmt, und die belgische Hymne ging in dem Ruf: „Nieder mit Belgien!“ unter.

Man nimmt an, daß diese und noch zahlreiche andere ähnliche Ereignisse neue Gewaltmaßnahmen der „demokratischen“ belgischen Regierung zur Folge haben werden. Aber Druck erzeugt Gegenruck, und die jüngflämische Bewegung ist heute schon über das Stadium jählicheren Aufwärtums hinaus. Sie hat vom gesamten Volk Flanderns Besitz ergriffen und die allgemeine Unzufriedenheit in ein einziges Bett zu leiten verstanden. Der Terror der Regierungsmehrheit wird also vielleicht vorübergehend dämpfen, nicht aber verhindern können, daß sich unter der Tyrannensucht die völkischen Kräfte zu neuem Ausbruch zusammenballen.